

Vertrag über die Nutzung von Layer-2-BSA-Leistungen

zwischen

der Thüringer Netkom GmbH

Schwanseestraße 13

99423 Weimar

(„Anbieter“)

und

Kunde

Anschrift

PLZ Ort

(„Kunde“)

wird folgende Vereinbarung geschlossen:

1. Präambel

Mit diesem Vertragsangebot kommt der Anbieter seiner Verpflichtung aus dem Beschluss der BNetzA zur Gewährleistung eines Layer-2-Bit Stream Access nach.

2. Definitionen

Die in diesem Vertrag – inklusive der Anlagen – verwendeten Abkürzungen und Begriffe werden in Anlage 3 erläutert, sofern es sich nicht um allgemein übliche Abkürzungen und Begriffe handelt.

3. Vertragsgegenstand / Leistungsgegenstand

3.1. Allgemeines

Der Layer-2-Bitstream Access [Layer-2-BSA] ist ein Vorleistungsprodukt für Netzbetreiber oder Anbieter von Telekommunikationsdiensten, das die Möglichkeit bietet, Daten zwischen dem Netz des Kunden bzw. BSA-Nachfrager und bereitgestellten Teilnehmeranschlüssen zu transportieren. Mit diesem Vorleistungsprodukt können Netzbetreiber und Diensteanbieter ihren jeweiligen Endkunden eigene Dienste anbieten und realisieren.

Die Übergabe des Datenverkehrs zwischen den Teilnehmeranschlüssen und dem Netz des Kunden findet an vertraglich geregelten Übergabeschnittstellen statt, welche in der Leistungsbeschreibung genauer definiert sind.

3.2. Leistungsgegenstand

Die vertragsgegenständliche Leistung umfasst drei Leistungsbestandteile, nämlich den Layer-2-BSA-Vectoring-Anschluss, den Layer-2-BSA-Vectoring-Transport sowie den Layer-2-BSA-Übergabeanschluss.

Die Leistungen des Anbieters und die Eigenschaften und Beschaffenheit des Layer-2-BSA sind im Einzelnen detailliert in den folgenden Anlagen dieses Hauptvertrages beschrieben.

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung
- Anlage 2: Entgeltstruktur und Preisliste
- Anlage 3: Abkürzungen und Definitionen

Die Anlagen sind Vertragsbestandteile. Die Bestimmungen dieses Hauptvertrages sind, im Falle von Widersprüchen zwischen den Bestimmungen der Anlagen und den Bestimmungen des Hauptvertrages, entscheidend.

Die Zuführung zur Übergabeschnittstelle des Anbieters, an der die Übergabe des Datenverkehrs stattfindet, ist nicht Teil der vertragsgegenständlichen Leistung.

3.2.1. Verfügbarkeit der Leistung

Die vertragsgegenständliche Leistung ist frühestens ab dem Tag des Vertragsabschlusses bestellbar.

Der Anbieter stellt dem Kunden frühestens ab dem tt.mm.jjjj den Layer-2-BSA zur Verfügung.

4. Preise und Zahlungsbedingungen

4.1. Verweis auf Preislisten

Es gelten die Preise - insbesondere Bereitstellungsentgelte, Überlassungsentgelte und Anschlussentgelte -, die in Anlage 3 festgelegt sind. Zahlungen sind jeweils unter Angabe der Rechnungsnummer zu tätigen.

4.2. Sonstige Leistungen

Sonstige Leistungen sind nach einem Angebot vorab zu zahlen. Für den Fall, dass eine Leistung ohne vorangegangenes Angebot erbracht wird, wird diese gesondert in Rechnung gestellt und ist nach Erbringung der Leistung zu zahlen.

4.3. Zahlung des Rechnungsbetrags

Der Rechnungsbetrag ist auf das in der Rechnung angegebene Konto zu zahlen. Die Zahlung muss spätestens am dreißigsten Tag nach Zugang der Rechnung dem angegebenen Konto gutgeschrieben sein.

4.4. Regelungen zu regulierten Entgelten

4.4.1. Die in Anlage 3 festgelegten Bedingungen und Entgelte des Anbieters sind nicht genehmigungspflichtig. Die Bedingungen und Entgelte orientieren sich an den Vorgaben des Beschlusses der BNetzA Az. BK3-12/131 (Vectoring-I). Dies dient dem Zwecke Kunden einheitlich und diskriminierungsfrei beliefern zu können und stellt zu keinem Zeitpunkt ein Anerkenntnis einer Regulierungsbedürftigkeit dar.

4.4.2. Für den Fall, dass dem Anbieter ein Entgelt im Rahmen der Entgeltregulierung angeordnet wird, behält der Anbieter sich das Recht vor, gegen die jeweilige Entgeltanordnung gerichtlich vorzugehen, um die beantragten Entgelte auch rückwirkend geltend zu machen. Für diesen Fall gelten mit Wirksamwerden der Regulierungsverfügung die regulierten Entgelte unmittelbar in diesem Vertrag. Führt das im einleitenden Satz genannte Rechtsmittel zu einer Änderung der regulierten Entgelte, so gelten diese ebenso zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Regulierung.

5. Verzug

5.1. Eintritt des Verzugs

Verzug tritt spätestens 10 Kalendertage nach Fälligkeit der Rechnung ein, sofern er nicht bereits mittels Mahnung oder gesetzlich begründet wurde.

Die Geltendmachung von Verzugszinsen, Mahnkosten und weiteren Ansprüchen wegen Zahlungsverzuges bleibt dem Anbieter vorbehalten.

5.2. Verzugszinsen

5.2.1. Geltendmachung von Verzugszinsen

Für den Fall, dass ein Kunde mit Zahlungen in Verzug gerät, so werden Verzugszinsen in Höhe von neun Prozentpunkten über dem im Verzugszeitraum geltenden Basiszinssatz gem. § 247 BGB fällig.

5.3. Verweigerung der Leistung bei Zahlungsverzug

Der Anbieter hat, im Fall von Zahlungsverzug, das Recht, die vertragsgegenständlichen Leistungen ganz oder teilweise, wie folgt, zu verweigern.

5.3.1. Keine Auftragsbearbeitung

Im ersten Schritt kann der Anbieter die Annahme und Bearbeitung von Aufträgen für neue oder bereits überlassene Layer-2-BSA-Leistungen verweigern und die Schnittstelle zur Abwicklung der Geschäftsprozesse schließen. Die beabsichtigte Schließung der Schnittstelle wird dem Kunden spätestens fünf Werktage im Voraus schriftlich mitgeteilt.

5.3.2. Sperrung von BSA-Teilleistungen

Im zweiten Schritt – weitere fünf Werktage ohne Zahlungseingang der Gesamtforderung nach Schließung der Schnittstelle gem. Ziffer 5.3.1. – hat der Anbieter das Recht, bereits überlassene Layer-2-BSA-Teilleistungen sowie sonstige Leistungen dieses Vertrages zu sperren. Der Anbieter weist den Kunden schriftlich fünf Werktage im Voraus auf diese potentielle Sperre hin. Eventuelle Kosten, die durch die Sperrung und Aufhebung der Sperre entstehen, hat der Kunde zu tragen. Der Kunde bleibt vertraglich verpflichtet im Falle einer Sperre, die monatlichen Preise weiterhin zu zahlen.

5.4. Kündigung des Vertrages und Einzelleistungen

Der Anbieter hat das Recht den Vertrag mit dem Kunden und die Einzelleistungen ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen, wenn:

5.4.1. der Kunde für zwei aufeinander folgende Monate mit der Bezahlung der Preise bzw. mit der Bezahlung eines nicht unerheblichen Teils der Preise in Verzug gerät oder

5.4.2. der Kunde in einem Zeitraum, der sich über mehr als zwei Monate erstreckt, mit der Bezahlung der Preise in Höhe eines Betrages, der das Doppelte des Durchschnitts der Preise der jeweils letzten drei Monate erreicht, in Verzug gerät.

Der Anbieter wird, vor der Ausübung dieses Kündigungsrechts, den Kunden auf die beabsichtigte Kündigung hinweisen und ihn letztmalig zur Begleichung der offenen Rechnungsbeträge binnen 5 Tagen auffordern.

5.5. Leistungsverzug

Gerät der Anbieter mit der gesamten oder wesentlichen Teilen der vertragsgegenständlichen geschuldeten Leistung in Verzug, so hat der Kunde nur dann das Recht vom Vertrag zurückzutreten, wenn der Anbieter die vom Kunden gesetzte angemessene Nachfrist, die mindestens vier Wochen betragen muss, nicht einhält. Soweit die Leistungen, mit denen der Anbieter in Verzug gerät, vom Kunden oder mit ihm verbundenen Unternehmen bezogen werden, besteht kein Recht zum Rücktritt vom Vertrag.

6. Ausschluss von Einwendungen

6.1. Art und Frist einer Einwendung

Einwendungen gegen in Rechnung gestellte Beträge müssen bei der zuständigen Stelle des Anbieters schriftlich erhoben werden und müssen innerhalb von drei Monaten nach Rechnungszugang beim Anbieter eingegangen sein. Die Unterlassung rechtszeitiger Einwendungen gilt als Genehmigung. Gesetzliche Ansprüche des Kunden bei Einwendungen nach Fristablauf bleiben unberührt.

Das Argument der Unsicherheitseinrede gemäß §321 BGB bleibt unberührt.

7. Aufrechnung / Zurückbehaltungsrecht

7.1. Gültigkeit einer Aufrechnung

Eine Aufrechnung des Kunden ist nur zulässig bei unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Ansprüchen.

7.2. Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten

Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten ist ausgeschlossen, sofern es sich nicht um Gegenansprüche des Kunden aus diesem Vertragsverhältnis handelt.

8. Pflichten und Obliegenheiten des Kunden

8.1. BSA Nutzung generell:

8.1.1. Zahlungspflicht (auch für unbefugte Nutzung von Dritten)

Der Kunde zahlt fristgerecht die vereinbarten Preise; er zahlt auch die Preise, die durch befugte oder unbefugte Benutzung von Layer-2-BSA durch Dritte oder mit ihm gem. §15 AktG verbundene Unternehmen entstanden sind, wenn und soweit er diese Nutzung zu vertreten hat.

8.1.2. Störungsprüfung vor Störungsmeldung

Vor Versand einer Störungsmeldung an den Anbieter überprüft der Kunde soweit möglich, ob die Ursache der Störung im eigenen Verantwortungsbereich oder dem Verantwortungsbereich seines Endkunden liegt, und gibt in diesem Fall keine Störungsmeldung ab.

8.1.3. Instandhaltungs- und Änderungsarbeiten

Alle Instandhaltungs- und Änderungsarbeiten an Netzkomponenten des Anbieters, welche die Leistungserbringung von Layer-2-BSA betreffen, lässt der Kunde von dem Anbieter ausführen.

8.1.4. Verpflichtende Unterlassung von Eingriffen in Netzbetrieb

Der Kunde unterlässt Eingriffe in den Netzbetrieb und die Netzsicherheit des Anbieters. Er gibt diese Verpflichtung an seine Endkunden vertraglich weiter, überprüft die Einhaltung dieser Pflicht soweit möglich, und sperrt denjenigen Endkunden, die diese Pflicht verletzen, den Zugang zum Netz.

8.1.5. Missbräuchliche Nutzung

Die missbräuchliche Nutzung von BSA-Leistungen unterbindet der Kunde durch geeignete technische Vorkehrungen und vertragliche Regelungen mit den Endkunden.

Unter Missbrauch ist insbesondere jede zweckentfremdete Nutzung von Layer-2-BSA-Leistungen sowie jede Handlung zu verstehen, deren Rechtswidrigkeit sich aus dem Gesetz (StGB, TKG, UrhG etc.) ergibt.

Der Wiederverkauf ist ausgeschlossen und stellt daher eine missbräuchliche Nutzung dar.

8.1.6. Freistellung von Ansprüchen Dritter

Der Kunde stellt den Anbieter von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die auf einer vertragswidrigen Nutzung von Layer-2-BSA-Leistungen oder vertragswidrigen Eingriffen in die Netzintegrität der Plattform des Anbieters beruhen, die der Kunde zu vertreten hat.

Der Kunde ersetzt dem Anbieter ferner alle Aufwendungen, die ihm auf Grund einer Inanspruchnahme durch Dritte auf Grund von gesetzlichen Verpflichtungen (z.B. Auskunftersuchen von öffentlichen Stellen, Inanspruchnahme durch Verwertungsgesellschaften) entstanden sind, soweit diese wegen einer geltend gemachten missbräuchlichen Nutzung durch den Endkunden des Kunden bestehen. In diesem Fall wird der Anbieter den Kunden unverzüglich über den Sachverhalt informieren.

8.1.7. Beseitigung technischer Schwierigkeiten / Entstörungsdienste durch den Kunden

Bei auftretenden technischen Schwierigkeiten und Störungen unterstützt der Kunde den Anbieter bei der Entwicklung von Lösungen bereitwillig und trägt alles von seiner Seite aus Mögliche zur Problembeseitigung bei. Der Kunde wirkt bei einer Störungsbeseitigung im Sinne einer Schadensminderung aktiv mit.

8.1.8. Sicherstellung der Leistungsnutzung

Der Kunde stellt, soweit möglich, sicher, dass die vertragsgegenständlichen Layer-2-BSA Teilleistungen sowie die vertragsgegenständlichen Layer-2-BSA-Übergabeanschlüsse ausschließlich für den vertragsgegenständlichen Layer-2-BSA-Transport verwendet werden. Eine isolierte Nutzung von einzelnen Layer-2-BSA Leistungen und die Kombination von Layer-2-BSA-Leistungen mit anderen Vorleistungsprodukten ist nicht gestattet.

8.2. Pflichten und Obliegenheiten bzgl. Nutzung von Layer-2-BSA-Teilleistungen

8.2.1. Kündigung/Überlassung bei Auszug des Endkunden

Im Falle des Auszuges des Endkunden oder bei einer Beendigung des Vertrages mit dem Endkunden kündigt der Kunde die aus diesem Grunde nicht mehr benötigte Einzelleistung, sofern der Kunde die jeweilige Einzelleistung nicht unmittelbar nach Ende der Überlassung an den ursprünglichen Endkunden einem anderen Endkunden vertragsgemäß überlässt.

8.3. Pflichten und Obliegenheiten bzgl. Nutzung Layer-2-BSA-Übergabeanschlüsse / Portnutzung

8.3.1. Geschalteter Übertragungsweg

Der Kunde schaltet an jedem beauftragten Layer-2-BSA-Übergabeanschluss seinen Übertragungsweg an, der die Layer-2 -BSA verwendete Technik unterstützt.

8.3.2. Administration des Kundenrouters

Der Kunde lässt den Kundenrouter ausschließlich durch fachkundiges Personal administrieren und betreiben.

8.3.3. Schutz des Kundenrouters

Der Kunde schützt den Kundenrouter vor Zugriffen durch unbefugte Dritte und gewährleistet, dass der physikalische wie netzseitige Zugang nur autorisierten Betriebskräften möglich ist.

8.3.4. Einhaltung der Vorgaben für eine sichere Online-Datenübertragung

Der Kunde hält die in der Leistungsbeschreibung enthaltenen Vorgaben zur Gewährleistung einer sicheren Online-Datenübertragung ein.

8.3.5. Beteiligung an Störungsbeseitigung

Der Kunde beteiligt sich im Sinne einer Schadensminderung aktiv an einer Störungsbeseitigung bei den Leistungskomponenten des Layer-2-BSA (insbesondere Beseitigung von Protokollstörungen). Eine detaillierte Beschreibung dieser Verpflichtung ist in Anlage 2 zu finden.

8.3.6. Rechtsfolgen bei Verletzung der Pflichten und Obliegenheiten

8.3.6.1. Vorübergehende Leistungseinstellung

Verletzt der Kunde ihm obliegende Pflichten erheblich oder nachhaltig und wiederholt er dieses vertragswidrige Verhalten trotz Abmahnung bzw. stellt er dieses trotz Abmahnung nicht ab, so kann der Anbieter einzelne Layer-2-BSA-Leistungen vorübergehend solange einstellen, wie der Kunde den pflichtwidrigen Zustand aufrecht erhält. Der Kunde bleibt in diesem Fall verpflichtet, die Preise zu zahlen. Die Dauer der vorübergehenden Leistungseinstellung findet bei der Ermittlung der in der Leistungsbeschreibung dargelegten durchschnittlichen Verfügbarkeiten keine Berücksichtigung.

8.3.6.2. Fristlose Kündigung

Verletzt der Kunde ihm obliegende Pflichten in besonderem Maße und wiederholt er dieses vertragswidrige Verhalten trotz Abmahnung bzw. stellt er diese trotz Abmahnung nicht ab, so kann der Anbieter das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.

8.3.6.3. Besonders schwere Fälle

In besonders schweren Fällen, insbesondere bei Eingriffen in den Netzbetrieb und Netzsicherheit der Netz-Plattform des Anbieters, kann der Anbieter vom Leistungseinstellungsrecht bzw. vom Recht zur fristlosen Kündigung auch ohne vorherige Abmahnung Gebrauch machen.

8.3.7. Regelungen zu Verzug, Kündigung & gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt

Weitere Regelungen über den Verzug, über das Recht zur außerordentlichen Kündigung sowie gesetzliche Ansprüche des Anbieters bleiben unberührt.

9. Leistungsverhinderung & Leistungsverweigerungsrechte des Anbieters

9.1. Vorübergehende Leistungsbeschränkung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit

Der Anbieter ist berechtigt, die vertragsgegenständlichen Leistungen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder zur Vermeidung von wesentlichen Störungen seiner Netze vorübergehend einzustellen, soweit dies notwendig ist. Der Anbieter wird den Kunden unverzüglich über solche temporären Unterbrechungen der Leistungsbereitstellung informieren.

Planmäßige Unterbrechungen der Leistungsbereitstellung (z. B. zu Wartungszwecken) werden dem Kunden mindestens zwei Wochen vorher angekündigt. Der Anbieter wird soweit möglich jede Störung, Betriebsunfähigkeit oder Leistungsausfälle umgehend beheben.

9.2. Vorübergehende Leistungsbeschränkung aus technischen/betrieblichen Gründen

Der Anbieter ist berechtigt, die vertragsgegenständlichen Leistungen aus technischen (z. B. Wegfall der Schaltbarkeit des Layer-2-BSA) oder betrieblichen Gründen einzustellen. Der

Anbieter wird den Kunden unverzüglich über solche Unterbrechungen der Leistungsbereitstellung informieren. Der Anbieter wird, auf Anfrage des Kunden, Nachweise bezüglich der entsprechenden Gründe für eine solche Unterbrechung der Leistungsbereitstellung vorlegen.

9.3. Höhere Gewalt

Der Anbieter ist in Fällen, in denen höhere Gewalt die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen unmöglich macht, für die Dauer des Ereignisses, einschließlich der Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft, von seinen vertraglichen Verpflichtungen befreit. Der Anbieter wird seine vertraglichen Verpflichtungen nach Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft unverzüglich wieder erfüllen.

Als Ereignisse höherer Gewalt gelten insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- Naturkatastrophen,
- Arbeitskampfmaßnahmen,
- Terrorismus,
- Unterbrechungen der Stromversorgung von mehr als 4 Stunden,
- Behördliche Maßnahmen.

10. Nutzung von Schutzrechten und Werbeverbot

10.1. Nutzung von Schutzrechten

Mit der Überlassung des Layer-2-BSA ist nicht das Recht verbunden, Schutzrechte, wie Marken, Logos, Slogans, zu nutzen.

10.2. Werbeverbot

Dem Kunden ist ohne ausdrückliche Zustimmung des Anbieters untersagt, damit zu werben, dass er Leistungen des Anbieters anbietet. Ebenso ist jede sonstige Verwendung der unter 10.1 genannten Schutzrechte oder auch nur die Nennung des Anbieters untersagt, es sei denn, der Anbieter stimmt der Verwendung im konkreten Fall ausdrücklich, vorher schriftlich zu.

10.3. Sicherstellung der Einhaltung von Ziffern 10.1. und 10.2.

Der Kunde verpflichtet sich die Einhaltung der Verpflichtungen aus Ziffern 10.1. und 10.2. im Rahmen seiner Geschäftstätigkeiten sicherzustellen.

11. Mangelhaftung

11.1. Funktionsfähigkeit gemäß technischer Beschreibung

Der Anbieter gewährleistet die Funktionsfähigkeit des vertragsgegenständlichen Layer-2-BSA gemäß der in der Leistungsbeschreibung festgelegten Standards. Garantierte Eigenschaften des Layer-2-BSA sind ausschließlich die in der Leistungsbeschreibung ausdrücklich als solche gekennzeichneten Eigenschaften.

11.2. Mangelhaftungsansprüche bestehen nur gemäß der Haftungsregelungen dieses Vertrages

Leistungsstörungen werden vom Anbieter gemäß der, in den Anlagen enthaltenen, Vorgaben beseitigt. Für diese Fälle sind in den Anlagen außerdem die Regelungen zu den Haftungs- und Schadensersatzansprüchen festgelegt.

11.3. Vorbehalt bzgl. Bereitstellungs- und Entstörfrieten

Die im Vertrag bzw. Anlagen 1 genannten Bereitstellungs- und Entstörfrieten gelten vorbehaltlich einer vertragskonformen Erfüllung der Vorleistung (TAL) durch die Telekom Deutschland GmbH. Gleiches gilt in Fällen, in denen der Anbieter Vorleistungen (TAL) von anderen Anbietern bezieht.

12. Haftung

12.1. Haftung bei Vorsatz

Bei Vorsatz und bei Fehlen einer garantierten Eigenschaft haften die Vertragspartner untereinander unbeschränkt.

12.2. Haftung bei Fahrlässigkeit

Für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit haften die Vertragspartner auch bei leichter Fahrlässigkeit untereinander unbeschränkt.

12.3. Haftungsbegrenzungen (gemäß § 44a TKG)

Soweit ein nicht vorsätzliches, schuldhaftes Verhalten des Anbieters dazu führt, dass vom Kunden oder dessen Wiederverkäufer Vermögensschäden vom Endkunden zu ersetzen sind und deshalb ein Anspruch des Kunden gegenüber dem Anbieter besteht, so gelten für diesen Anspruch folgende Haftungsbegrenzungen gemäß § 44a TKG:

12.3.1. Haftungsbegrenzung

Die Haftung des Anbieters ist auf höchstens 12.500.-EUR je Endkunde begrenzt.

12.3.2. Begrenzung der Schadensersatzpflicht

Entsteht die Schadensersatzpflicht durch eine einheitliche Handlung oder ein einheitliches Schaden verursachendes Ereignis, welches mehrere Endkunden betrifft, so ist die Schadensersatzpflicht des Anbieters unbeschadet der Begrenzung gemäß Ziffer 12.3.1 in der Summe auf höchstens 10 Millionen EUR begrenzt. Hierbei wird die Gesamtheit aller von demselben Schadensereignis betroffenen Endkunden betrachtet, ungeachtet dessen, von welchem Anbieter diese Ihre Leistung beziehen und um welche Leistung des Anbieters es sich handelt.

12.3.3. Überschreitung der Schadensersatzgrenze

Übersteigen die Entschädigungen, die mehreren Endkunden auf Grund desselben Ereignisses zu leisten sind, die Höchstgrenze, so wird der Schadensersatz in dem Verhältnis gekürzt, in dem die Summe aller Schadensersatzansprüche von allen Endkunden zur Höchstgrenze besteht.

Den vorstehenden Absatz haben die Vertragspartner auf der Grundlage des zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen TKG vereinbart. Für den Fall, dass die genannte TKG-Regelung geändert wird, werden die Vertragspartner eine der Änderung des TKG entsprechende Anpassung der hier vereinbarten Haftungsregelung vornehmen.

12.4. Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt

Die Haftung nach den Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleibt unberührt.

13. Vertragsbeginn, Ordentliche Kündigung

13.1. Inkrafttreten des BSA-Vertrages

Der Hauptvertrag tritt am tt.mm.jjjj in Kraft und wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

13.2. Ordentliche Kündigung des BSA-Vertrages

13.2.1. Kündigungsfrist

Der Hauptvertrag ist seitens beider Vertragspartner jederzeit unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende schriftlich kündbar. Die Kündigung ist erstmalig zum tt.mm.jjjj zulässig.

13.2.2. Form der Kündigung

Die Kündigung muss dem Anbieter oder dem Kunden mindestens sechs Monate vor dem Tag, an dem sie wirksam werden soll, schriftlich zugehen. Nach Zugang der Kündigung wird der Anbieter dem Kunden keine neuen einzeln abrufbaren Layer-2-BSA-Leistungen mehr bereitstellen, deren reguläre Mindestlaufzeit oder Kündigungsfrist nach Ende des gekündigten Layer-2-BSA-Vertrages enden würde.

13.3. Ordentliche Kündigung einer BSA-Einzelleistung

13.3.1. Kündigungsfrist (evtl. erst nach Mindestlaufzeit)

Eine Einzelleistung können beide Vertragspartner den Regelungen der jeweiligen Leistungsbeschreibung entsprechend kündigen. Mit Beendigung dieses Hauptvertrages enden auch die unter diesem Vertrag überlassenen Einzelleistungen ohne weiteres.

13.4. Sachliche Kündigungsgründe

Der Anbieter wird sein Recht zur ordentlichen Kündigung der Layer-2-BSA-Teilleistung nur ausüben, wenn ein sachlicher Grund vorliegt. Ein sachlicher Grund liegt insbesondere vor,

13.4.1. Kein wirksamer Vertrag zwischen Kunde und Endkunde

wenn der Kunde keinen Bedarf an der Layer-2-BSA -Access-Teilleistung hat, weil kein wirksamer Vertrag zwischen ihm und einem Endkunden über ein Produkt besteht, für dessen Überlassung die Layer-2-BSA-Access-Teilleistung erforderlich ist. Davon hat der Anbieter insbesondere dann auszugehen, wenn ein Endkunde ihm gegenüber glaubhaft versichert, ein solcher Vertrag bestehe nicht. Dem Kunden steht es frei, innerhalb von 48 Stunden nach Zugang der Kündigung dem Anbieter nachzuweisen,

dass ein solcher Vertrag mit dem Endkunden doch besteht. Die vorgenannte Frist lässt die ordentliche Kündigungsfrist des Anbieters gemäß Ziffer 13.3.1 unberührt.

13.4.2. Wegfallender Bedarf an der BSA-Access-Teilleistung

wenn der Kunde keinen Bedarf an der Layer-2-BSA-Access-Teilleistung hat, weil der Endkunde, für dessen Versorgung er die Einzelleistung bislang genutzt hat, ausbezogen ist und der Anbieter die Ressource zur Versorgung eines Endkunden eines anderen Kunden oder eines eigenen Endkunden benötigt,

13.4.3. Verlust des unentgeltlichen Nutzungsrechts an der Endleitung

wenn der Anbieter das unentgeltliche Nutzungsrecht an der der Layer-2-BSA-Access-Teilleitung zugrundeliegenden Endleitung verliert, d.h. ein Dritter sein Nutzungsrecht an der Endleitung durch Erhebung eines Entgeltes für die Nutzung der Endleitung (z.B. monatliches Überlassungsentgelt, Bereitstellungs- oder Entstörungsentgelt) geltend macht, es sei denn, der Kunde stellt den Anbieter von der Entgeltforderung des Dritten für die Endleitung frei, oder

13.4.4. Wegfall der Zugangsverpflichtung

wenn der Anbieter rechtlich nicht mehr zur Überlassung von Layer-2-BSA-Leistungen verpflichtet ist.

Die Regelungen in Ziffer 13.3.1 bleiben unberührt.

13.5. Recht zur schriftlichen fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt

Das Recht beider Vertragspartner zur schriftlichen fristlosen Kündigung des Layer-2-BSA-Vertrages oder der Einzelleistungen aus wichtigem Grund bleibt unberührt

14. Außerordentliche Kündigung

14.1. Wesentliche Änderung der regulatorischen und gesetzlichen Umstände

Als wichtiger Grund zur Kündigung des Vertrages gilt in diesem Sinne insbesondere eine wesentliche Änderung der Umstände, die dadurch eintritt, dass durch Vorgaben der BNetzA, durch Gesetzesentwicklungen oder sonstige Änderungen von Rechtsvorschriften oder durch Verwaltungs- oder Gerichtsentscheidungen die wirtschaftliche Grundlage dieses Vertrages erheblich beeinflusst wird.

14.2. Folgen einer außerordentlichen Kündigung

Endet eine Einzelleistung vor Ablauf der regulären Mindestlaufzeit auf Grund einer außerordentlichen Kündigung des Anbieters der Einzelleistung oder des Layer-2-BSA-Vertrages aus wichtigem Grund, leistet der Kunde eine Zahlung i. H. v. 50% der Beträge, die bis zum Ablauf der regulären Mindestlaufzeit der Einzelleistung vom Kunden zu zahlen gewesen wären, es sei denn, der Kunde hat den wichtigen Grund nicht zu vertreten. Der Betrag wird verringert, wenn der Kunde dem Anbieter einen geringeren Schaden nachweist.

14.3. Wichtige Gründe

14.3.1. Wichtige Gründe für den Anbieter zur Kündigung der Layer-2-BSA Teilleistung stellen während der Dauer der Mindestlaufzeit der jeweiligen Einzelleistung insbesondere, aber nicht ausschließlich die folgenden Gründe dar:

- Missbrauch durch den Kunden
- Vertragswidrige Nutzung
- Eingriffe in das Netz des Anbieters

15. Vertriebspartner und Wiederverkäufer des Kunden

15.1. Unveränderte Weitervermietung nur mit Zustimmung

Es ist dem Kunden nicht erlaubt, die vertragsgegenständlichen Leistungen an Dritte (z.B. Wiederverkäufer) weiterzuverkaufen, es sei denn, dass er zuvor in jedem Einzelfall die ausdrückliche, schriftliche Zustimmung des Anbieters einholt. Wiederverkäufer im Sinne dieses Vertrages ist jeder Anbieter außer dem Kunden, der Vertragspartner des Endkunden ist.

15.2. Vermarktung gegenüber Endkunden bleibt unbeschränkt

Ziffer 15.1. beschränkt nicht das Recht des Kunden, die vertragsgegenständlichen Leistungen für eigene Telekommunikationsprodukte zu nutzen und direkt oder über Vertriebspartnern an Endkunden zu vermarkten.

16. Vertraulichkeitsvereinbarung

16.1. Geheimhaltungsverpflichtung

Die Vertragspartner verpflichten sich geschäftliche und betriebliche Erkenntnisse und Informationen, die anlässlich der Vertragsanbahnung oder der Vertragserfüllung bekannt geworden sind und bekannt werden, vertraulich zu behandeln und hierüber Stillschweigen gegenüber Dritten zu bewahren. Als vertraulich gelten alle Informationen, es sei denn, sie wurden ausdrücklich als nicht vertraulich bezeichnet.

16.2. Ausnahmen der Geheimhaltungspflicht

Die Geheimhaltungspflicht gilt nicht für:

16.2.1. Allgemeine Informationen bzw. solche, die bereits zum Zeitpunkt der Überlassung ohne Verpflichtung bekannt waren oder

16.2.2. Informationen, die zum Zeitpunkt der Überlassung ohne Verpflichtung bereits veröffentlicht sind oder später, ohne dass dies auf eine rechts- oder vertragswidrige Handlung des Informationsempfängers zurückzuführen ist, durch Dritte veröffentlicht werden oder

16.2.3. Informationen, die auf rechtmäßigem Weg durch Dritte veröffentlicht werden oder

16.2.4. Informationen, die gesetzlichen Informationspflichten unterliegen und daher preiszugeben sind.

16.3. Vorkehrungen zur Geheimhaltung

Die Vertragspartner verpflichten sich alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die Geheimhaltung der ihnen überlassenen Informationen sicherzustellen.

16.4. Geheimhaltungspflicht bleibt nach Vertragsbeendigung bestehen

Die hier vereinbarte Geheimhaltungsverpflichtung bleibt auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses für weitere drei Jahre bestehen.

17. Datenschutz

17.1. Ordnungsgemäße Datenverarbeitung

Die Vertragspartner werden die Grundsätze ordnungsgemäßer Datenverarbeitung beachten und insbesondere beim Umgang mit personenbezogenen Daten, einschließlich des Fernmeldegeheimnisses, die einschlägigen rechtlichen Bestimmungen einhalten. Insbesondere stellt der Kunde sicher, dass bei einer Weiterverarbeitung von eventuell übermittelten Statistikdaten die datenschutzrechtlichen Vorschriften beachtet werden.

18. Änderung der Vertragsbestimmungen und der Leistungsbeschreibungen

18.1. Anpassung und Ergänzung zur Beseitigung von Regelungslücken

Der Anbieter kann Anpassungen oder Ergänzungen der Vertragsbestimmungen zur Beseitigung von Schwierigkeiten bei der Durchführung des Vertrages aufgrund von nach Vertragsschluss entstandenen Regelungslücken oder zur Beseitigung von Widersprüchen vornehmen, wenn Änderungen der Umstände aufgrund von Vorgaben der BNetzA, von Gesetzesentwicklungen oder sonstigen Änderungen von Rechtsvorschriften oder von Verwaltungs- oder Gerichtsentscheidungen eintreten und eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages hiervon betroffen sind.

18.2. Schriftliche Mitteilung bzgl. beabsichtigter Änderungen

Der Anbieter informiert den Kunden schriftlich über die, gemäß Ziffer 18.1., beabsichtigten Änderungen des Vertrages.

18.3. Zustimmung des Kunden

Im Übrigen bedürfen Änderungen der Vertragsbestimmungen der Zustimmung des Kunden. Diese Änderungen werden nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Kunden binnen einer Frist von einem Monat ab Zugang des Änderungswunsches wirksam. Stimmt der Kunde nicht binnen der o.g. Frist schriftlich dem Änderungswunsch zu, gilt die Zustimmung als verweigert.

18.3.1. Zustimmung darf nicht verweigert werden, wenn zumutbar

Der Kunde darf die Zustimmung nicht verweigern, wenn ihm die jeweilige Änderungsmaßnahme zumutbar ist. Dies ist dann der Fall, wenn durch die jeweiligen Änderungen der wesentliche Inhalt der Leistungspflicht nicht beeinträchtigt wird.

Dieser Fall liegt insbesondere, aber nicht ausschließlich dann vor, wenn:

- es für die vertragsgegenständliche Leistung technische Neuerungen auf dem Markt gibt oder
- der Vorleistungsanbieter, von dem der Anbieter eine Vorleistung bezieht, sein Leistungsangebot verändert.

18.3.2. Kündigung bei missbräuchlicher Verweigerung

Verweigert der Kunde die Zustimmung trotz zumutbarer Änderungswünsche des Anbieters oder verweigert der Kunde die Zustimmung missbräuchlich, so hat der Anbieter das Recht den Vertrag mit einer Frist von drei Monaten, frühestens jedoch mit Wirkung zum Zeitpunkt der tatsächlichen Umsetzung der Änderungsmaßnahme, kündigen.

19. Schlussbestimmungen

19.1. Deutsches Recht

Die hier vereinbarte vertragliche Beziehung zwischen den Vertragspartnern unterliegt deutschem Recht. Der Gerichtsstand ist Weimar.

19.2. Vollständigkeit der Vereinbarung

Der hier vereinbarte Vertrag stellt die vollständige Vereinbarung zwischen den beiden Vertragspartnern über den Vertragsgegenstand (Layer-2-BSA) dar.

19.3. Schriftform

Etwaige Anpassungen, Änderungen und sonstige Abweichungen von dem hier vereinbarten Vertrag bedürfen der Schriftform.

19.4. Übertragbarkeit auf Dritte

Die Übertragung von Rechten und Pflichten aus dem hier vereinbarten Vertrag an Dritte bedarf der vorherigen Zustimmung des Vertragspartners. Diese Zustimmung nicht unbillig verweigert werden. Unternehmen die gemäß der §§ 15 ff. AktG mit einem betroffenen Vertragspartner verbunden sind, gelten nicht als Dritte im Rahmen dieser Regelung.

19.5. Salvatorische Klausel

Für den Fall, dass eine oder mehrere Regelungen dieses Vertrages unwirksam sind oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen unberührt. Die unwirksamen Regelungen werden von den Vertragspartnern so durch neue Regelungen ersetzt, dass sie dem gewollten rechtlichen und wirtschaftlichen Ergebnis entsprechen. Gleiches gilt für Regelungslücken.

19.6. Werkzeuge

Im Sinne dieses Vertrages gelten Montag bis Freitag als Werkzeuge, soweit dies nicht ausdrücklich anders beschrieben ist.

19.6.1. Regelung zu Feiertage (regional anzupassen)

Die gesetzlichen Feier- und Brauchtumstage in Thüringen stellen keine Werkstage gemäß Ziffer 19.6. dar.

19.7. Doppelte Ausfertigung des Vertrages

Dieser Vertrag wird doppelt ausgefertigt, so dass jeder Vertragspartner ein Original erhält.

Weimar, den

XXX, den

Thüringer Netkom GmbH

Kunde
